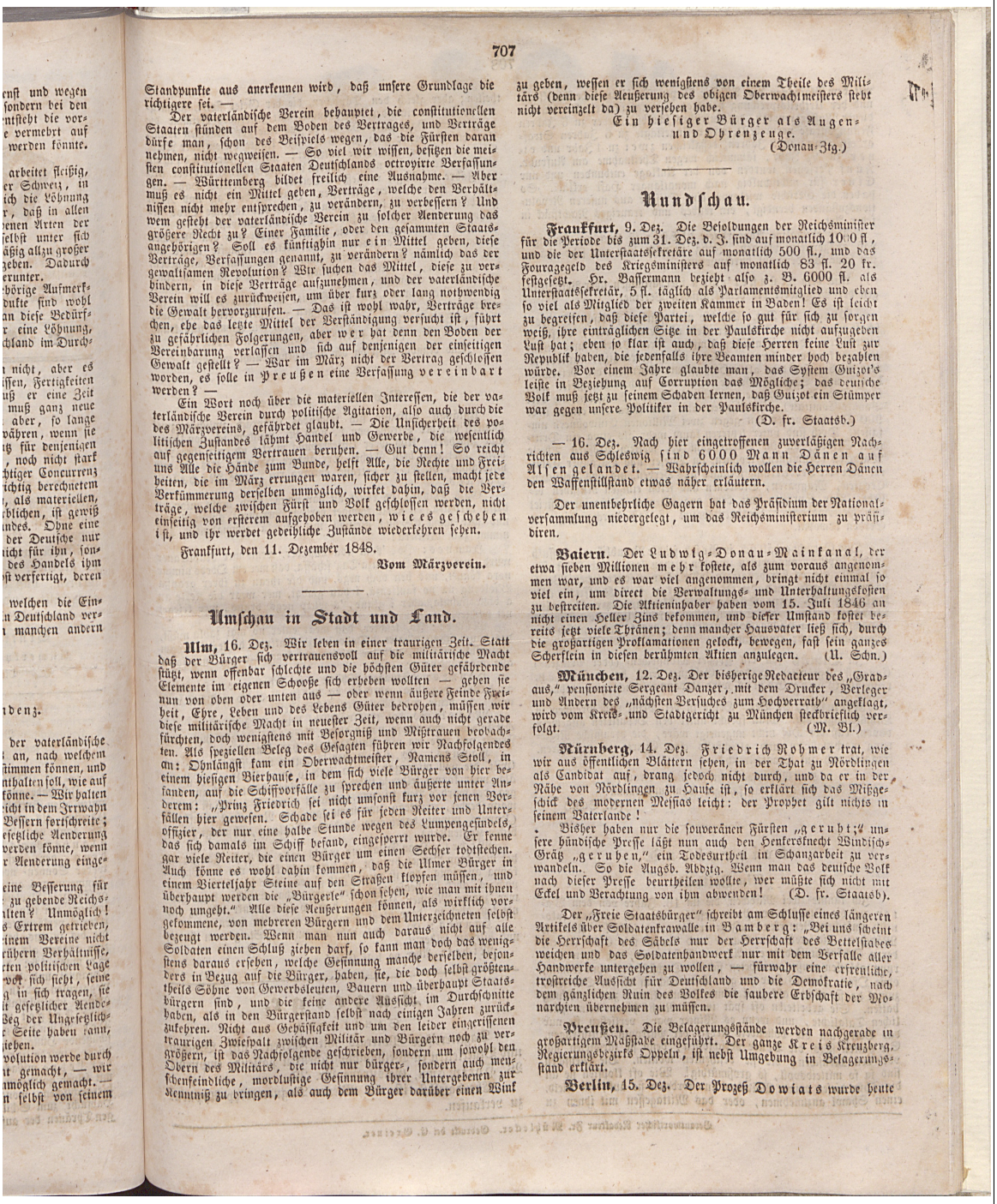

Standpunkte aus anerkennen wird, daß unsere Grundlage die richtigere sei. —

Der vaterländische Verein behauptet, die constitutionellen Staaten stünden auf dem Boden des Vertrages, und Verträge dürfe man, schon des Beispiels wegen, das die Fürsten daran nehmen, nicht wegweisen. — So viel wir wissen, besitzen die meisten constitutionellen Staaten Deutschlands octroyirte Verfassungen. — Württemberg bildet freilich eine Ausnahme. — Aber muß es nicht ein Mittel geben, Verträge, welche den Verhältnissen nicht mehr entsprechen, zu verändern, zu verbessern? Und wem gesteht der vaterländische Verein zu solcher Aenderung das größere Recht zu? Einer Familie, oder den gesammten Staatsangehörigen? Soll es künftighin nur ein Mittel geben, diese Verträge, Verfassungen genannt, zu verändern? nämlich das der gewaltsamen Revolution? Wir suchen das Mittel, diese zu verhindern, in diese Verträge aufzunehmen, und der vaterländische Verein will es zurückweisen, um über kurz oder lang nothwendig die Gewalt hervorzurufen. — Das ist wohl wahr, Verträge brechen, ehe das letzte Mittel der Verständigung versucht ist, führt zu gefährlichen Folgerungen, aber wer hat denn den Boden der Vereinbarung verlassen und sich auf denjenigen der einseitigen Gewalt gestellt? — War im März nicht der Vertrag geschlossen worden, es solle in Preußen eine Verfassung vereinbart werden? —

Ein Wort noch über die materiellen Interessen, die der vaterländische Verein durch politische Agitation, also auch durch die des Märzvereins, gefährdet glaubt. — Die Unsicherheit des politischen Zustandes lähmt Handel und Gewerbe, die wesentlich auf gegenseitigem Vertrauen beruhen. — Gut denn! So reicht uns Alle die Hände zum Bunde, helft Alle, die Rechte und Freiheiten, die im März errungen waren, sicher zu stellen, macht jede Verkümmerung derselben unmöglich, wirket dahin, daß die Verträge, welche zwischen Fürst und Volk geschlossen werden, nicht einseitig von ersterem aufgehoben werden, wie es geschehen ist, und ihr werdet gedeihliche Zustände wiederkehren sehen.

Frankfurt, den 11. Dezember 1848.

Vom Märzverein.

Umschau in Stadt und Land.

Ulm, 16. Dez. Wir leben in einer traurigen Zeit. Statt daß der Bürger sich vertrauensvoll auf die militärische Macht stützt, wenn offenbar schlechte und die höchsten Güter gefährdende Elemente im eigenen Schooße sich erheben wollten — gehen sie nun von oben oder unten aus — oder wenn äußere Feinde Freiheit, Ehre, Leben und des Lebens Güter bedrohen, müssen wir diese militärische Macht in neuester Zeit, wenn auch nicht gerade fürchten, doch wenigstens mit Besorgniß und Mißtrauen beobachten. Als speziellen Beleg des Gesagten führen wir Nachfolgendes an: Ohnlängst kam ein Oberwachtmeister, Namens Stoll, in einem hiesigen Bierhause, in dem sich viele Bürger von hier befanden, auf die Schiffsvorfälle zu sprechen und äußerte unter Anderem: „Prinz Friedrich sei nicht umsonst kurz vor jenen Vorfällen hier gewesen. Schade sei es für jeden Reiter und Unteroffizier, der nur eine halbe Stunde wegen des Lumpengesindels, das sich damals im Schiff befand, eingesperrt wurde. Er kenne gar viele Reiter, die einen Bürger um einen Sechser todtstechen. Auch könne es wohl dahin kommen, daß die Ulmer Bürger in einem Vierteljahr Steine auf den Straßen klopfen müssen, und überhaupt werden die „Bürgerle" schon sehen, wie man mit ihnen noch umgeht." Alle diese Aeußerungen können, als wirklich vorgekommene, von mehreren Bürgern und dem Unterzeichneten selbst bezeugt werden. Wenn man nun auch daraus nicht auf alle Soldaten einen Schluß ziehen darf, so kann man doch das wenigstens daraus ersehen, welche Gesinnung manche derselben, besonders in Bezug auf die Bürger, haben, sie, die doch selbst größtentheils Söhne von Gewerbsleuten, Bauern und überhaupt Staatsbürgern sind, und die keine andere Aussicht im Durchschnitte haben, als in den Bürgerstand selbst nach einigen Jahren zurückzukehren. Nicht aus Gehässigkeit und um den leider eingerissenen traurigen Zwiespalt zwischen Militär und Bürgern noch zu vergrößern, ist das Nachfolgende geschrieben, sondern um sowohl den Obern des Militärs, die nicht nur bürger-, sondern auch menschenfeindliche, mordlustige Gesinnung ihrer Untergebenen zur Kenntniß zu bringen, als auch dem Bürger darüber einen Wink zu geben, wessen er sich wenigstens von einem Theile des Militärs (denn diese Aeußerung des obigen Oberwachtmeisters steht nicht vereinzelt da) zu versehen habe.

Ein hiesiger Bürger als Augen- und Ohrenzeuge.

(Donau-Ztg.)

Rundschau.

Frankfurt, 9. Dez. Die Besoldungen der Reichsminister für die Periode bis zum 31. Dez. d. J. sind auf monatlich 1000 fl., und die der Unterstaatssekretäre auf monatlich 500 fl., und das Fouragegeld des Kriegsministers auf monatlich 83 fl. 20 kr. festgesetzt. Hr. Bassermann bezieht also z. B. 6000 fl. als Unterstaatssekretär, 5 fl. täglich als Parlamentsmitglied und eben so viel als Mitglied der zweiten Kammer in Baden! Es ist leicht zu begreifen, daß diese Partei, welche so gut für sich zu sorgen weiß, ihre einträglichen Sitze in der Paulskirche nicht aufzugeben Lust hat; eben so klar ist auch, daß diese Herren keine Lust zur Republik haben, die jedenfalls ihre Beamten minder hoch bezahlen würde. Vor einem Jahre glaubte man, das System Guizot's leiste in Beziehung auf Corruption das Mögliche; das deutsche Volk muß jetzt zu seinem Schaden lernen, daß Guizot ein Stümper war gegen unsere Politiker in der Paulskirche.

(D. fr. Staatsb.)

— 16. Dez. Nach hier eingetroffenen zuverläßigen Nachrichten aus Schleswig sind 6000 Mann Dänen auf Alsen gelandet. — Wahrscheinlich wollen die Herren Dänen den Waffenstillstand etwas näher erläutern.

Der unentbehrliche Gagern hat das Präsidium der Nationalversammlung niedergelegt, um das Reichsministerium zu präsidiren.

Baiern. Der Ludwig-Donau-Mainkanal, der etwa sieben Millionen mehr kostete, als zum voraus angenommen war, und es war viel angenommen, bringt nicht einmal so viel ein, um direct die Verwaltungs- und Unterhaltungskosten zu bestreiten. Die Actieninhaber haben vom 15. Juli 1846 an nicht einen Heller Zins bekommen, und dieser Umstand kostet bereits jetzt viele Thränen; denn mancher Hausvater ließ sich, durch die großartigen Proklamationen gelockt, bewegen, fast sein ganzes Scherflein in diesen berühmten Actien anzulegen. (U. Schn.)

München, 12. Dez. Der bisherige Redacteur des „Gradaus," pensionirte Sergeant Danzer, mit dem Drucker, Verleger und Andern des „nächsten Versuches zum Hochverrath" angeklagt, wird vom Kreis- und Stadtgericht zu München steckbrieflich verfolgt. (M. Bl.)

Nürnberg, 14. Dez. Friedrich Rohmer trat, wie wir aus öffentlichen Blättern sehen, in der That zu Nördlingen als Candidat auf, drang jedoch nicht durch, und da er in der Nähe von Nördlingen zu Hause ist, so erklärt sich das Mißgeschick des modernen Messias leicht: der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande!

Bisher haben nur die souveränen Fürsten „geruht;" unsere hündische Presse läßt nun auch den Henkersknecht Windischgrätz „geruhen," ein Todesurtheil in Schanzarbeit zu verwandeln. So die Augsb. Abdztg. Wenn man das deutsche Volk nach dieser Presse beurtheilen wollte, wer müßte sich nicht mit Ekel und Verachtung von ihm abwenden! (D. fr. Staatsb).

Der „Freie Staatsbürger" schreibt am Schlusse eines längeren Artikels über Soldatenkrawalle in Bamberg: „Bei uns scheint die Herrschaft des Säbels nur der Herrschaft des Bettelstabes weichen und das Soldatenhandwerk nur mit dem Verfalle aller Handwerke untergehen zu wollen, — fürwahr eine erfreuliche, trostreiche Aussicht für Deutschland und die Demokratie, nach dem gänzlichen Ruin des Volkes die saubere Erbschaft der Monarchien übernehmen zu müssen.

Preußen. Die Belagerungsstände werden nachgerade in großartigem Maßstabe eingeführt. Der ganze Kreis Kreuzberg, Regierungsbezirks Oppeln, ist nebst Umgebung in Belagerungsstand erklärt.

Berlin, 15. Dez. Der Prozeß Dowiats wurde heute

© Stadtbibliothek Ulm, 2021. Signatur: 34 587;